

KURZMELDUNGEN

Messerstecherei

CHIASSO | Die Tessiner Kantonspolizei hat am Dienstag eine 76-jährige Frau festgenommen, die am Vortag bei einem Streit in Chiasso zwei Personen mit einem Messer leicht verletzt hatte. Ihr werden versuchte Tötung sowie versuchte Körperverletzung vorgeworfen. Die Frau hatte am Montag bei einem Streit in der Waschküche eines Hauses in Chiasso einen 75-jährigen Mann und eine 73-jährige Frau angegriffen und verletzt. Die beiden mussten ins Spital gebracht werden. Worum es beim Streit ging und warum die Frau auf die beiden Senioren losging, ist nicht bekannt. | sda

25 Jungunternehmen

ZÜRICH | An der ETH Zürich sind im vergangenen Jahr 25 Jungunternehmen gegründet worden – so viele wie noch nie. Unter den Geschäftsideen sind unter anderem intelligente Glühbirnen und eine Messmethode für Muskelmüdigkeit. Wie auch in den vergangenen Jahren stammen die meisten Firmengründungen aus den Bereichen Informatik- und Kommunikationstechnologie. Daneben gab es auch mehrere Spin-offs in Biotechnologie und in der Entwicklung von medizinischen Geräten. Wie die ETH Zürich am Dienstag mitteilte, wurden acht der 25 Spin-offs von sogenannten Pioneer Fellows gegründet. Mit dem Pioneer-Fellowship-Programm ermutigt die ETH Masterstudentinnen und -studenten, ihre Geschäftsidee in die Realität umzusetzen. | sda

1500 Selbstanzeigen

ZÜRICH | 1500 Zürcher Steuerpflichtige haben 2015 mit Selbstanzeigen bisher nicht deklarierte Gelder gemeldet. Das sind gleich viele wie im bisherigen Rekordjahr 2014, wie die Finanzdirektion in einer Mitteilung vom Dienstag schreibt. Aus den 1500 im letzten Jahr erledigten Fällen flossen dem Kanton Zürich und den Gemeinden total 70 Millionen Franken Nachsteuern zu. Der Bund erhielt 16 Millionen Franken. Ein Dutzend Steueränderungen mussten eine Million oder mehr Nachsteuern bezahlen. | sda

Für zweite Gotthardröhre

ZÜRICH | RoadCross Schweiz, die Stiftung für Verkehrssicherheit, befürwortet eine zweite Strassentunnelröhre am Gotthard. Sie empfiehlt dem Stimmböckchen, am 28. Februar ein Ja in die Urne zu legen. Das wichtigste Argument für den Bau einer zweiten Gotthardröhre ist für RoadCross Schweiz die Verkehrssicherheit, wie die Organisation am Mittwoch mitteilte. Es brauche zwei Röhren, die je einspurig befahren werden können. Nur so könnten Frontal- und Streifkollisionen verhindert werden, heisst es weiter. Die Stiftung für Verkehrssicherheit berät und begleitet Betroffene von Verkehrsunfällen und betreibt Präventionsarbeit. Sie ist politisch neutral und setzt sich für die Verkehrssicherheit ein. | sda

Bern | Gewerkschaftsbund kämpft an vielen Fronten gegen Arbeitslosigkeit

Historischer Höchststand

Die steigende Arbeitslosigkeit ist für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eine der grossen Herausforderungen im noch jungen Jahr. Eine der Ursachen dafür ortet er beim Leistungsabbau bei den Sozialversicherungen. Wegen der Verschlechterungen sind gemäss Berechnungen des SGB heute rund 100 000 Menschen mehr auf Arbeit angewiesen.

Als konkrete Gründe nennt der SGB die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre, die strengere Rentenpraxis bei der Invalidenversicherung und die Erhöhung der regulatorischen Rentenalter in den Pensionskassen. Deshalb seien heute schätzungsweise 91 000 bis 110 000 Personen mehr auf einen Arbeitsplatz angewiesen, als es ohne den Leistungsabbau der Fall gewesen wäre. «Dies entspricht immerhin knapp zwei Prozent der Erwerbspersonen», sagte SGB-Chefökonom Daniel Lampart am Dienstag an der Jahresmedienkonferenz des Gewerkschaftsbundes.

Kampf für eine stärkere AHV

Allerdings liessen sich die Zahlen nicht direkt in eine Arbeitslosenquote ummünzen, da noch andere Faktoren für diese zu berücksichtigen seien. Im Rahmen der Altersvorsorge

2020 soll das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöht werden, was laut Lampart bedeutet, dass 18 000 bis 25 000 Frauen mehr eine Stelle bräuchten als heute. Deshalb steht das laufende Jahr auch im Zeichen der Initiative AHVplus, die eine Verbesserung der AHV-Altersrenten um zehn Prozent oder rund 200 Franken pro Monat verlangt. Dafür müssten die AHV-Lohnbeiträge um 0,8 Prozentpunkte angehoben werden, rechnete Doris Bianchi vor den Medien in Bern vor. Angesichts der stetig steigenden Lohnnebenkosten, die notwendig seien, um das Niveau bei der beruflichen Vorsorge zu halten, sei die Kritik an der Finanzierung der AHV-Rentenverbesserung «ein Hohn».

Wiedereinführung des Mindestkurses

Einen weiteren Grund für die Erwerbslosigkeit ortet der SGB bei der Frankenüberbewertung, die die Wirtschaft schwächer wachsen lasse als nötig. Der SGB hat die Aufhebung des Euro-Mindestkurses vor knapp einem Jahr wiederholt kritisiert. Laut SGB-Präsident Paul Rechsteiner hat die Preisgabe des Mindestkurses dazu geführt, dass die Erwerbslosigkeit in der Schweiz entgegen dem europäischen Trend steigt. In absoluten Zahlen habe die Erwerbslosigkeit einen «traurigen historischen Höchststand» erreicht, sagte Rechsteiner. Deutschland habe

mittlerweile sogar eine tiefere Quote als die Schweiz.

Für 2016 erwartet der SGB einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,6 Prozent. Im November hatte die Quote bei 3,4 Prozent gelegen. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordert der Gewerkschaftsbund deshalb die Wiedereinführung eines Mindestkurses. Der Franken-Euro-Kurs müsse so rasch wie möglich in Richtung 1.30 Franken gebracht werden. Weiter fordert der Gewerkschaftsbund, dass Unternehmen verpflichtet werden, offene Stellen

bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden. Daneben wiederholten die Gewerkschafter die Forderungen nach einem besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende und mehr Gesamtarbeitsverträge. Zudem müsse der Bund die flankierenden Massnahmen verstärken. Prioritär seien mehr Kontrollen und bessere Durchsetzungsinstrumente.

Zwei grosse Herausforderungen

Eine weitere grosse Herausforderung ist laut SGB-Präsident

Rechsteiner der Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU. Der Schlüssel dazu sei die Verbesserung des Schutzes der Löhne und der Arbeitsplätze.

Ablehnend äusserte sich Rechsteiner zur SVP-Durchsetzungsinitiative, über die am 28. Februar abgestimmt wird. Die Initiative sei ein direkter Angriff auf die Secondos und Secondas. Wer Delikte begehe, der solle dafür bestraft werden – «aber nicht zusätzlich auch noch seine soziale Existenz verlieren». | sda



Gewerkschaften. Für Paul Rechsteiner, Präsident Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), ist die steigende Arbeitslosigkeit eines der drängendsten Probleme. FOTO KEYSTONE

Bern | Bauernverband spricht von «besorgniserregender Situation»

Falsche Anreize

Nachwuchsprobleme, sinkende Wettbewerbsfähigkeit und falsche Anreize: Der Schweizerische Bauernverband (SBV) bezeichnet die aktuelle Situation seiner Branche als besorgniserregend. Sein Gegenrezept ist die bereits eingereichte Initiative für Ernährungssicherheit.

Die Situation sei schwierig, sagte SBV-Direktor Jacques Bourgeois am Dienstag vor den Medien in Bern. Jeder dritte Betriebsleiter über fünfzig Jahre habe keinen Hofnachfolger. Das liegt laut dem Bauernverband auch daran, dass sich ausserhalb der Landwirtschaft deutlich mehr verdienen lässt.

Hauptgrund für die unbefriedigende wirtschaftliche Situation seien die tiefen Produktionspreise, sagte Bourgeois gemäss Redetext. Obwohl sich die Konsumentenpreise im Laden seit Jahren wenig verändert hätten, seien die Preise für die Landwirtschaftsprodukte stark gesunken – insbesondere bei der Milch, bei Schweinefleisch oder beim Zucker. «Der starke Franken und der Einkaufstourismus machen diese Situation nicht besser», sagte SBV-Präsident Markus Ritter. Der Bauernverband wolle den Grenzschutz nicht ausbauen, stellte er klar. Ein weiterer Abbau müsse aber verhindert werden. Die Schweizer Landwirtschaft habe ohne Grenzschutz keine Chance.

Mehr Freiräume gefordert

Aus Sicht des Bauernverbands könnte die Schweizer Landwirtschaft allerdings billiger produzieren, wenn die Anforderungen an die Landwirte gesenkt würden. Weil nur Direktzahlungen bekommt, wer genau geregelte Vorgaben erfüllt, sei die Schweizer Landwirtschaft zwar ein Vorbild, was Ökologie und Tierschutz anbelange.

Die Kehrseite der Medaille sei jedoch, dass die Schweizer Landwirtschaft dadurch noch teurer produziere, als es aufgrund der Topografie und des hohen Kostenumfelds ohnehin schon der Fall wäre, sagte Bourgeois.

Junge Landwirte bräuchten unternehmerische Freiheiten, ergänzte Hans Hofer vom landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Inforama. Die wachsende Abhängigkeit vom Tropf des Staates sei für die jungen Berufsleute unbefriedigend, schreibt der Bauernverband.

Buntbrache lukrativer als Brotgetreide

Aus Sicht des Bauernverbands stellt die Politik nicht nur zu hohe Anforderungen, sondern setzt auch falsche Anreize. «Es ist unterdessen lukrativer, eine Buntbrache zu säen, statt Brotgetreide anzubauen und zu verkaufen», sagte Bourgeois. Die Bauern sähen ihre Aufgabe jedoch in der Produktion von Lebensmitteln. Den Landwirten



Lebensmittelproduktion. Markus Ritter, Präsident Schweizerischer Bauernverband (SBV): «Ressourcenschonende Produktion von Lebensmitteln.» FOTO KEYSTONE

und Landwirtinnen fehle eine langfristige Perspektive, konstatiert der Bauernverband. Die Kundgebung Ende November in Bern gegen die Sparpläne des Bundes sei «auch ein Zeichen der grossen Verunsicherung» gewesen, was die Zukunft der Landwirtschaft und ihre Aufgaben anbelange.

Mehr Menschen, knappe Ressourcen

Der Bauernverband nutzte an der Jahresmedienkonferenz die Gelegenheit, für seine Initiative für Ernährungssicherheit zu werben, die er vergangenes Jahr eingereicht hatte. Die Unterschriften dafür hatte er innert nur dreier Monate gesammelt.

Ziele der Initiative sind die Stärkung der einheimischen Lebensmittelproduktion und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bauern. Die Initiative sei nötig, weil die aktuelle Situation besorgniserregend sei, sagte Ritter. Mit der Initiative wolle der Bauernverband die Schwächen der aktuellen Gesetzgebung ausbügeln.

Zudem solle die weltweite und nationale Entwicklung antizipiert werden: immer mehr Menschen, die ausreichend Essen brauchen, bei gleichzeitig zunehmend knapp werdenden Ressourcen. Die ressourcenschonende Produktion von Lebensmitteln ist laut Ritter «die grosse Herausforderung der Zukunft». | sda

Mehr Einbürgerungen

BERN | Die Zahl der Einbürgerungen ist in der Schweiz gestiegen: Laut Professor Etienne Piguet wurden letztes Jahr 38 000 Personen eingebürgert, 2014 waren es 33 000 gewesen. Eine Ursache für den Anstieg um 15 Prozent sieht der Neuenburger Professor in der Politik der SVP. Die Unsicherheit, welche die Masseneinwanderungsinitiative und die Durchsetzungsinitiative geschaffen hätten, bewege Ausländer und Ausländerinnen dazu, sich einbürgern zu lassen, sagte der Migrationsexperte am Dienstag dem Westschweizer Radio RTS. Zuvor sei der Trend rückläufig gewesen. Beim Anstieg handle es sich um eine Reaktion auf die Abschottung, welche die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative darstelle, sagte Piguet. «Ein Teil der Ausländer dürfte sich verunsichert fühlen und Angst haben, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit.» Wer sich einbürgern lasse, vermeide dieses Risiko. Der Anstieg bei den Einbürgerungen sei daher ein aus Sicht der SVP unerwünschter Nebeneffekt ihrer eigenen Politik. Die Partei setzt sich eigentlich für eine strikte Einbürgerungspolitik ein. Die Geschichte wiederhole sich, sagte Piguet: Bereits Ende der 1960er-Jahre sei die Zahl der Einbürgerungen gestiegen, weil die Menschen Angst gehabt hätten, die Schweiz verlassen zu müssen. | sda